

SPD rückt programmatisch nach links

Berlin (dpa). Die Sozialdemokraten wollen programmatisch wieder nach links rücken. In dem überarbeiteten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm werden traditionelle Werte der Sozialdemokratie deutlich stärker betont. Anders als in der ursprünglichen Fassung wird in dem neuen Konzept auch der Sozialstaat in der bisherigen Form massiv verteidigt.

In dem von den beiden Parteilinken Andrea Nahles und Wolfgang Thierse zusammen mit Generalsekretär Hubertus Heil verfassten neuen Text wird auch der innerparteilich umstrittene Begriff des demokratischen Sozialismus als SPD-Ziel gleich mehrfach offensiv vertreten.

Das neue Programm soll Ende Oktober auf einem Parteitag in Hamburg verabschiedet werden. Die drei Verfasser hatten den Auftrag, den im Januar verabschiedeten Bremer SPD-Programmtext mit 67 Seiten klarer zu formulieren und inhaltlich zuzuspitzen. Herausgekommen ist dabei ein jetzt 38 Seiten langer Entwurf mit deutlich anderen politischen Akzenten.

So wird schon in den ersten Sätzen der Einleitung unterstrichen, dass die SPD in der „stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus“ stehe. Dem Begriff wird auch ein eigenes Kapitel gewidmet. „Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns dauernde Aufgabe ist.“ In der früheren Fassung war dieser Begriff nur knapp erwähnt und als wichtig vor allem für die SPD-Geschichte bezeichnet worden. Mehrere prominente Sozialdemokraten, wie kürzlich der designierte Parteivorsitzende Frank-Walter Steinmeier, hatten für die Streichung des Begriffs aus dem Programm plädiert.

In dem neuen Text bekennen sich die Autoren auch zu der „marxistischen Gesellschaftsanalyse“ als einer der Wurzeln der SPD.

Paris. „Ich bringe Sachen in Bewegung, indem ich Tabus breche“, sagt Nicolas Sarkozy. Im Atomstreit mit Teheran will der französische Präsident die Europäer auf die Linie der USA bringen. Vorrangiges Ziel: Die Europäer sollen einschneidende Sanktionen gegen den Iran beschließen, auch wenn es dafür im UN-Sicherheitsrat keine Mehrheit gibt. Dabei greift Paris unverblümt zu Kriegsrhetorik. Für die Europäer ist das ein Tabubruch. Doch es lenkt die Aufmerksamkeit auf den Atomstreit mit Teheran. Und der ist nach Sarkozys Worten die „schwerste Krise“, die derzeit die Weltordnung bedroht.

Sarkozy predigt den „Bruch“ mit der

Außenpolitik seines Vorgängers Jacques Chirac, der in der Nahost-Politik zeitweise einen regelrechten Konfrontationskurs zu den USA gefahren war. Das heißt Abkehr von der traditionell proarabischen Position und Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen Israels. Die größte Gefahr für Israel geht aber nach Pariser Einschätzung von Teheran aus.

Chirac hatte die Gefahr der iranischen Atombombe noch salopp genommen. Es



Bernard Kouchner



Mahmud Ahmadinedschad

wäre „nicht sehr gefährlich“, falls der Iran eine oder zwei Atombomben hätte, sagte der scheidende Präsident im Februar in einem Interview, das er nach heftigen Protesten später korrigierte. „Wo will er sie denn abwerfen, diese Bombe? Auf Israel? Teheran würde dem Erdboden gleichgemacht, noch bevor sie 200 Meter weit in die Atmosphäre gelangt wäre.“ Ganz anders Sarkozy: „Ein Iran im Besitz von Atomwaffen ist für mich unannehmbar“, erklärte er

klipp und klar den versammelten französischen Botschaftern.

Chirac hatte den in Teheran herrschenden Schiiten noch „eine Kultur der Minorität“ bescheinigt. Das Mullah-Regime suche auch Anerkennung und dürfe nicht bedroht werden. Später korrigierte er und sprach weiterem Druck auf Teheran das Wort. Der sollte von den UN und über diplomatische Kanäle ausgeübt werden.

Das reicht Sarkozy nicht. Denn eine härtere Gangart des UN-Sicherheitsrates scheitert immer wieder am Widerstand vor allem Russlands, das große Wirtschaftsinteressen im Iran hat. Nur schärfere Sanktionen könnten Teheran

zum Nachgeben bewegen, sagte Sarkozy vor französischen Botschaftern. Im Gegenzug bot er dem Iran „eine Öffnung“ an. „Dieses Vorgehen ist das Einzige, das uns erlaubt, einer katastrophalen Alternative zu entgehen: die iranische Atombombe oder die Bombardierung des Irans.“

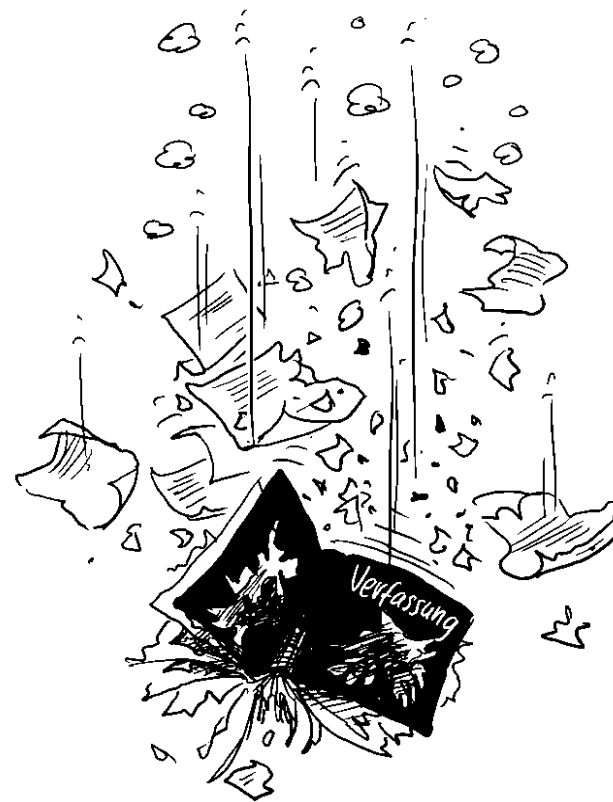
Jetzt legt Sarkozys Außenminister Bernard Kouchner nach. Man müsse sich auf den Krieg mit Teheran vorbereiten, auch wenn man „noch nicht so weit“ sei, sagte der Sozialist vor Beginn der IAEA-Jahrestagung. „Wir müssen bis zum Ende verhandeln.“ Aber eine iranische Atombombe wäre „eine echte Gefahr für die ganze Welt.“

Hans-Hermann Nikolai, dpa

STUTTMANN'S Blick



Minister Jung trainiert für den Notfall.



PERSONALIEN

Mukasey wird neuer US-Justizminister



US-Präsident George W. Bush hat den pensionierten konservativen Bundesrichter Michael Mukasey zum neuen Justizminister und Generalstaatsanwalt nominiert. Der Generalstaatsanwalt spiele eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Terrorismus und Mukasey bringe dafür ausdrucksvolle Zeugnisse mit, sagte Bush in Washington. Der 66-jährige Mukasey muss nach der Nominierung noch vom US-Senat bestätigt werden.

Fukuda Favorit für Abe-Nachfolge



In Japan ist Yasuo Fukuda einer Umfrage zufolge klarer Favorit für die Nachfolge des scheidenden Ministerpräsidenten Shinzo Abe. In einer gestern veröffentlichten Erhebung der Zeitung Yomiuri Shimbu unter Abgeordneten der regierenden Liberaldemokratischen Partei LDP sprachen sich 55 Prozent für den 71-Jährigen als neuen Parteichef aus. Nur knapp zwölf Prozent kündigten eine Unterstützung für Ex-Außenminister Taro Aso an.

POLITIK KOMPAKT

In Sierra Leone hat Oppositionsführer Ernest Bai Koroma die Stichwahl um die Präsidentschaft gewonnen. Der 54-jährige Versicherungsmakler wurde gestern von der Wahlkommission zum Sieger erklärt.

Das Rauchverbot in Niedersachsen und Baden-Württemberg wird voraussichtlich das Bundesverfassungsgericht beschließen. „Wir haben mit unseren Landesverbänden einstimmig beschlossen, Rechtsmittel gegen diese Gesetze einzulegen“, sagte Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes.

Ein französisches Konsortium wird eine neue Schutzhülle für den Unglücksreaktor Tschernobyl in der Ukraine bauen. Ein entsprechender Vertrag wurde gestern in Kiew unterzeichnet. Die Schutzhülle kostet 432 Millionen Euro und soll 100 Jahre halten. Den Großteil der Kosten übernimmt die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

ZITAT DES TAGES

„Huber muss sich in die Bundespolitik einarbeiten, Seehofer muss sich mehr in die Landespolitik einarbeiten – und ich muss mich halt in beide Felder einarbeiten.“

Die Fürther Landrätin Gabriele Pauli (CSU) in der Süddeutschen Zeitung auf die Frage, ob der Schritt von der Landrätin zur CSU-Chefin nicht zu groß wäre.

Frankreich verschärft Kurs gegen Teheran

Außenminister Kouchner warnt im Atomstreit: Auf Krieg mit Iran vorbereiten

Schleswig-Holstein Innenminister Stegner tritt zurück

Rendsburg (dpa). In der bisher schwersten Krise der Großen Koalition in Schleswig-Holstein haben CDU und SPD einen Bruch des Bündnisses abgefordert. Innenminister Ralf Stegner (SPD) verlässt das Kabinett zum 15. Januar 2008. Die CDU wirft ihm einen Konfrontationskurs innerhalb der Regierung vor. Stegner, der auch SPD-Landeschef ist, begründete den Rückzug gestern Abend offiziell mit seiner Spitzenkandidatur für die nächste Landtagswahl 2010. „Mit der Kandidatur ist verbunden, dass ich sie nicht von einem Regierungsjahr aus führen will.“

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hatte die SPD in Verhandlungen aufgefordert, Stegner als Minister zurückzuziehen. Die SPD hatte sich daraufhin zunächst vor Stegner gestellt. Carstensen sagte am Abend in Anspielung auf einen denkbaren Bruch des Bündnisses: „Ein Schlussstrich wäre einfach gewesen.“ Doch man müsse sich fragen, was danach gekommen wäre.

Stegner betonte, die SPD stehe zur Regierungsverantwortung. „Wir werden niemandem erklären können, warum aus Nichtigkeiten oder wegen Reibereien eine solche Große Koalition platzt.“ Über seine Nachfolge sagte Stegner nichts. ▶ Seite 3

Bundestag Grüne über Afghanistan uneins

Berlin (dpa). Die Grünen wollen bei der anstehenden Afghanistan-Abstimmung im Bundestag der überraschend eindeutigen Absage ihres Parteitag nicht einhellig folgen. Die von der Basis abgestrafte Fraktions- und Parteiführung lehnte es gestern ab, Druck auf die Abgeordneten auszuüben. Der Parteitag hatte am Sonntag gegen den Willen der Führung von den Abgeordneten verlangt, bei der Mitte Oktober anstehenden Abstimmung über das gekoppelte Mandat für deutsche Tornados und Isaf-Soldaten nicht zuzustimmen.

Parteichef Reinhard Bütikofer versprach gestern bessere Führung, lehnte personelle Konsequenzen aber ab. Die außenpolitische Kontinuität der Grünen „war schon mal deutlicher und vielleicht wird sie auch wieder deutlicher“, sagte er. Union und FDP attackierten die Grünen scharf. Die Basis unterstützt die deutsche Beteiligung an der internationalen Afghanistan-Schutztruppe Isaf, lehnt den Tornado-Einsatz aber ab.

Bütikofer sagte, die Entscheidung sei „ernst zu nehmen und zu akzeptieren“. Er betonte in Bezug aufs Grundgesetz aber: „Abgeordnete sind an Weisungen nicht gebunden, dann sollten Parteien auch nicht so tun, als könnten sie Weisungen erteilen.“

Irland

Regierung rügt deutschen Botschafter

Dublin (dpa). Mit angeblich abfälligen Bemerkungen über die Iren hat der deutsche Botschafter in Dublin die Regierung seines Gastlandes irritiert. Das Außenministerium der Republik habe „starke Beunruhigung“ darüber geäußert, dass Botschafter Christian Pauls das Land in einer Rede als „ungehobelt“ charakterisiert habe, berichtete gestern die Irish Times. Der Generalsekretär des Ministeriums, Dermot Gallagher, habe den Botschafter auf Anweisung von Außenminister Dermot Ahern darauf hingewiesen, dass seine Äußerungen „nicht korrekt“ seien und auf „Fehlinformationen“ beruhten.

Die deutsche Botschaft in Dublin bemühte sich, den Streit um die bereits vor einer Woche gehaltene Rede zu entschärfen, deren Inhalt die Londoner Times so zusammenfasste: „Irland ist ein ungehobelter Ort mit einer traurigen Geschichte, dessen Bewohner vom Geld besessen sind.“ Botschafter Pauls erklärte im irischen Fernsehsender RTE, die verständlicherweise verärgerten Reaktionen gingen auf Fehler in der Übersetzung der in deutscher Sprache gehaltenen Rede zurück. Pauls hatte die Rede vor deutschen Wirtschaftsvertretern gehalten, die an Investitionen in Irland interessiert sind.

Jungs Notstand

Kritik am Abschussbefehl des Verteidigungsministers

Von DIETER WONKA

Berlin. Die Piloten der „Quick Reaction Alert Forces“ – schnelle Alarmrotten – sind stolz darauf, keinesfalls die veranschlagten 15 Minuten Bereitschaftszeit zu benötigen, um nach einem Startbefehl in der Luft zu sein. Sie schaffen es zwischen sieben und neun Minuten. Voll betankte Phantom II-Jets, bewaffnet mit jeweils zwei AIM-9L Sidewinder-Raketen plus Bordkanone schalten dann die Nachbrenner ein, sind innerhalb weniger Minuten an ihren Einsatzorten im bundesrepublikanischen Luftraum. Schlimmstenfalls hätte sie dann bereits, vermittelt über die zuständige Nato-Luftverteidigungseinsatzzentrale, der Befehl des Verteidigungsministers Franz Josef Jung (CDU) erreicht zum Abschuss eines mit Zivilpersonen besetzten Passagierjets, entführt von terroristischen Selbstmordattentätern. Einen Fall von „übergesetzlichem Notstand“ will der Minister dafür in Anspruch nehmen.

Nur so ließe sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes umgehen, die die Abwägung von Leben gegen Leben für unzulässig erklärt hat. Dass es im Gegenzug in einer solchen Situation zu einer Befehlsverweigerung der Piloten kommen könnte, schloss das Verteidigungsministerium gestern offiziell aus. Der Grund ist einfach. Das Ministerium hat nach Informationen dieser Zeitung schon jetzt dafür gesorgt, dass es im Fall eines Abschussbefehls bei den zuständigen „Alarmrotten“ nicht zur Befehlsverweigerung kommt. Als Piloten für die im norddeutschen Wittmund und im süddeutschen Neuburg stationierten Alarmrotten zur

Luftüberwachung kämen nur solche Offiziere zum Einsatz, „die im Fall eines übergesetzlichen Notstandes zur hundertprozentigen Befehlsausübung bereit sind“, versicherte ein deutscher Offizier aus einer der für Deutschland zuständigen Nato-Luftverteidigungseinsatzzentren gegenüber dieser Zeitung. Eine „Befehlsverweigerung“ sei in diesem Sinne auf Grund der Vorabsprachen deshalb „nicht vorstellbar“, stellte der hochrangige Offizier klar.

Zugleich wurde darauf verwiesen, dass der Verteidigungsminister im absoluten Krisenfall sich am früher angekündigten Verhalten seines SPD-Amtsvorgängers, Peter Struck, orientieren würde. Dies habe der Minister in Gesprächen mit der Luftfahrt-Generalität zum Ausdruck gebracht. Danach würde

auch der amtierende Minister bei einem eventuellen Abschussbefehl nach Abschluss der Operation seinen Rücktritt erklären, sollte bis zu diesem Zeitpunkt noch keine entsprechende gesetzliche Regelung in Kraft sein. So hatte sich Struck in seiner Zeit als Verteidigungsminister geäußert. Jung wolle darüber aber, anders als Struck, „nicht vorab öffentlich reden“, hieß es aus Bundeswehrkreisen.

Die Eventual-Befehlerteilung durch den Wehrminister hat im politischen Umfeld zu verschiedentlichen Rücktritts- und Protestforderungen geführt. Jung riskiere „eine lebenslange Freiheitsstrafe“ bei Befehlerteilung, meinte beispielsweise der ehemalige Bundesrichter und rechtspolitische Sprecher der Links-Fraktion, Wolfgang Nes-

kovic. Grünen-Vorsitzender Reinhard Bütikofer meinte, für Jung bliebe jetzt nur noch der Rücktritt. SPD-Politiker bis hin zu Parteichef Kurt Beck stellten fest, Jung angekündigtes Verhalten sei nicht akzeptabel. Tatsache ist, dass die Koalitionsfraktionen bei Regierungsbildung zwar eine gesetzliche Regelung für diese absolute Krisensituation vereinbart haben, ohne bisher zu einem Ergebnis gekommen zu sein.

In ihrer Ablehnung des rot-grünen Luftsicherheitsgesetzes hatten die obersten Karlsruher Richter im Februar 2006 festgelegt, dass zivil besetzte Maschinen, die von Selbstmordattentätern entführt sind, keinesfalls im Tausch gegen die Rettung anderer Menschenleben zum Abschuss freigegeben werden dürfen.

DREI FRAGEN AN ...

... Thomas Wassmann, Chef des Verbandes der Besatzungen strahlgetriebener Kampfflugzeuge der Bundeswehr

Wie sollen sich Bundeswehrpiloten verhalten, wenn ihr Minister aus übergesetzlichem Notstand heraus einen Abschussbefehl gibt, den das Verfassungsgericht eigentlich nicht zulässt?

Bezogen auf den übergesetzlichen Notstand kommt das der Aufforderung zur Erfüllung eines rechtswidrigen Befehls gleich. Rechtswidrige Befehle dürfen nicht befolgt werden. Ich kann den Piloten nur empfehlen, in einem solchen Fall dem Befehl des Ministers nicht zu folgen. Die Piloten, die sich so verhalten, können mit der vollen Solidarität des Verbandes rechnen. Ich möchte nicht in der Haut desjenigen stecken,



wenn das Gericht im Nachhinein zu dem Urteil kommt, dass es sich um keinen übergesetzlichen Notstand gehandelt hat. Jung hat immerhin auf den Handlungsdruck aufmerksam gemacht.

Ich empfinde es als merkwürdig, dass ein Minister nicht in der Lage ist, trotz aller seiner Parteibeziehungen in den zuständigen Gremien eine Entscheidung herbeizuführen, um eine rechtlich saubere Klärung in der Sache zu organisieren. Stattdessen benutzt man die Piloten als Mittel zum Zweck, indem man sie öffentlich in Bedrängnis bringt, um dadurch die Diskussion voranzutreiben, die man

selbst nicht klären kann. Das ist eine interessante und merkwürdige Form von Politik.

Wie werden die Piloten reagieren?

Ich gehe davon aus, dass Herr Jung die Piloten ähnlich wie mich völlig überrascht hat mit seiner öffentlichen Festlegung. Die Debatte galt eigentlich als beendet, nachdem das Bundesverfassungsgericht einen klaren Schlussstrich gezogen hat und es auch klare Dienstweisungen für die Piloten gegeben hat. Ich kann nur jedem Piloten raten, sich im Zweifelsfall so zu verhalten, dass es nicht zu einer Situation kommt, in der der Minister die politische Verantwortung übernimmt und der Pilot ins Gefängnis wandert. Interview: Dieter Wonka

Arzt legt Arbeitszeit-Beschwerde in Brüssel ein

EU-Kommission reagiert trotz mehrfacher Mahnung nicht / Ombudsmann kritisiert Untätigkeit

Brüssel (dpa). Im Streit um die Arbeitszeit von Ärzten steht die EU-Kommission wegen Untätigkeit am Pranger. Trotz mehrfacher Mahnung habe die Brüsseler Behörde die Beschwerde eines deutschen Arztes nicht angemessen bearbeitet, kritisierte der Europäische Bürgerbeauftragte Nikiforos Diamandouros gestern in Brüssel. Mit einem Sonderbericht an das Europa-Parlament fährt der Ombudsmann deshalb sein schwerstes Geschütz gegen das Brüsseler Nichtstun auf.

Der Arzt hatte die Kommission im November 2001 aufgefordert, wegen Verstößen gegen die EU-Arbeitszeitrichtlinie juristisch gegen Deutschland vorzugehen. Bei der Arbeit von Ärzten in Krankenhäusern und ihren Bereitschaftsdiensten werde das EU-Recht nicht eingehalten, meinte der Mediziner. Die Kommission kümmerte sich aber nicht um die Beschwerde. Sie verwies auf eine mögliche Änderung der Richtlinie – doch der Plan ist



Lange Arbeitszeiten für die Ärzte – die Beschwerde eines deutschen Mediziners liegt in Brüssel noch auf dem Tisch. Foto ddp

im Ministerrat bis heute blockiert. Der Bürgerbeauftragte sieht in dem Fall deshalb „eine wichtige Prinzipienfrage“. Es gehe darum, wie die Brüs-

ser Behörde auf Beschwerden von Bürgern reagieren muss. „Die Kommission sollte die Beschwerde entweder abweisen oder ein Vertragsverletzungsver-

fahren einleiten“, erklärte Diamandouros. „Gar nichts zu unternehmen, steht nicht im Einklang mit den Grundsätzen guter Verwaltung.“

Bereits vor einem Jahr drängte der Bürgerbeauftragte die Brüsseler Behörde, die Beschwerde „so schnell und so sorgfältig wie möglich“ zu bearbeiten. „Die Kommission blieb trotzdem untätig“, stellte Diamandouros fest. Er sucht deshalb nun Unterstützung vom Europäischen Parlament. Der Sonderbericht ist dafür sein schärfstes Mittel. Seit das Amt des Ombudsmanns 1995 geschaffen wurde, hat der Bürgerbeauftragte erst 15 Sonderberichte erstellt.

Diamandouros hielt in dem Bericht fest, dass Deutschland sein Arbeitsrecht nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs geändert habe. Die Kommission erhielt das neue Gesetz im Februar 2004. Um der Beschwerde des Arztes nachzugehen, musste die Behörde das geänderte Gesetz mit dem EU-Recht vergleichen.